Zweite Nationale Integrationskonferenz vom 12. Mai 2011 in Solothurn

Schlussbetrachtungen aus Sicht der TAK

Ständerat Hannes Germann, Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes

---

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren

Eine weitsichtige Migrationspolitik, die einerseits die Zuwanderung in die Schweiz effizient steuert und andererseits die hier lebenden Migrantinnen und Migranten erfolgreich in die Gesellschaft integriert, spielt im globalen Standortwettbewerb eine Schlüsselrolle. Deshalb hat sich beispielsweise die TAK in ihrem Bericht zur „Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz“ auch mit der Migrations- und Integrationspolitik auseinandergesetzt. Da besteht ein enger Zusammenhang. In die Migrations- und Integrationspolitik sollten wir immer sowohl gesellschaftspolitische wie auch standortpolitische Überlegungen einbeziehen. Regierungspräsident Pascal Broulis hat in seinem Referat deshalb treffend darauf hingewiesen, dass wir eine Integrationspolitik verfolgen müssen, die nicht mehr länger ausschliesslich auf die Bewältigung von Integrationsdefiziten ausgerichtet ist. Wir sollten vermehrt auch die Entfaltung der vorhandenen Potenziale in unserer vielfältigen Gesellschaft im Blick haben.

Diese Vielfalt ist in der Schweiz heute schon eine Realität. Stadtpräsidentin Corinne Mauch hat uns am Beispiel der Stadt Zürich vor Augen geführt, dass das Prinzip „Vielfalt berücksichtigen“ im Wesentlichen die Ausrichtung der Politik auf die tatsächlichen Gegebenheiten bedeutet. Die Schweiz hat einen der höchsten Ausländeranteile Europas. Gleichzeitig weist unser Land eine überdurchschnittlich hohe Lebensqualität und Wirtschaftskraft auf. Andere Länder haben bei viel tieferen Ausländerquoten deutlich mehr soziale Probleme und Unruhen als wir. Die allermeisten Ausländerinnen und Ausländer sind nach einem Aufenthalt von zehn und mehr Jahren in der Schweiz denn auch gut bis sehr gut integriert. Natürlich ist nicht alles perfekt, auch in der Schweiz gibt es nach wie vor Integrationsdefizite, das hat die heutige Diskussion deutlich gezeigt. Die Debatte über die Integration ist anspruchsvoll. Gerade deshalb will die TAK zu einer sachlichen, faktengestützten Auseinandersetzung mit Erfolgen, Problemen und Aufgaben der Integration beitragen. Die heutige Konferenz konnte hier einen wichtigen Beitrag leisten. Wir haben die von Ihnen gebrachten Anliegen gehört und werden sie nach der Konferenz auswerten und Ihnen auf unserer Website zugänglich machen.

Meine Damen und Herren, die Formel „Fördern und Fordern“ prägt die Debatten über die Integration der Ausländerinnen und Ausländer. Das Problem ist, dass dieser Slogan selbst noch keinen Inhalt hat, deshalb lässt er sich politisch auch von allen politischen Lagern von rechts bis links gut verwenden. Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat darauf hingewiesen: Die vier heute Morgen vorgestellten integrationspolitischen Grundprinzipien konkretisieren, was wir mit „Fordern und Fördern“ eigentlich genau meinen. Integration geht nämlich alle etwas an, die Einheimischen wie die Zugewanderten, die Einzelperson genau so wie unsere Institutionen. Ich denke, dass die heutigen Referate, aber auch die Diskussionen an den Tischen eindrücklich aufgezeigt haben, dass diese Grundprinzipien mehr sein können als wohlmeinende Absichtserklärungen. Wir haben gehört, wie diese Prinzipien in konkreten Projekten und Massnahmen bereits heute umgesetzt werden. Deshalb bin ich zuversichtlich, dass wir auf richtigen Weg sind.

Es wurde heute aber auch deutlich, dass wir mit unserer Integrationspolitik nur Erfolg haben werden, wenn wir diese vier Grundprinzipien gleichgewichtig berücksichtigen. Es bringt nichts, wenn wir fordern, dass die Menschen unsere Landessprachen sprechen, wenn keine oder nicht die richtigen Sprachkursangebote zur Verfügung stehen. Es ist auch nicht sinnvoll, Geld in die Integrationsförderung zu investieren, wenn Migrantinnen und Migranten gleichzeitig im Alltag, z.B. bei der Suche einer Lehrstelle, eines Arbeitsplatzes oder einer Wohnung diskriminiert werden und wir es ihnen so schwer machen, sich hier zu integrieren. Mit unserer Integrationspolitik stossen wir aber auch bei denjenigen Menschen an Grenzen, die sich nicht integrieren wollen. Letztlich braucht Integration die Unterstützung von uns allen. Integration setzt nicht nur den entsprechenden Willen der Ausländerinnen und Ausländer, sondern auch die Offenheit der schweizerischen Bevölkerung voraus. So steht es übrigens auch im Ausländergesetz.

Integration lässt sich deshalb nicht an den Staat delegieren – auch das wurde heute mehrfach betont. Wir sind darauf angewiesen, dass die Wirtschaft, die Kirchen, die Verbände und Vereine einen aktiven Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten leisten. Wir haben heute das Beispiel der Firma Zweifel Pomy-Chips AG kennen gelernt. Stellen Sie sich vor, wo wir in 10 Jahren stehen, wenn dieses Beispiel Schule macht und sich alle Arbeitgeber so engagieren werden. Das gleiche gilt natürlich auch für die Migrantinnen und Migranten: Sie können ihren Integrationsprozess entscheidend beeinflussen. Migrantenorganisationen können dabei – das haben die heute vorgestellten Beispiele eindrücklich bewiesen – eine wichtige Rolle spielen.

Dass wir im Rahmen unserer Integrationspolitik auch stark die Eigenverantwortung einfordern wollen, hat Bundesrätin Simonetta Sommaruga Ihnen dargelegt. Deshalb empfiehlt die TAK, so früh wie möglich den direkten Kontakt zu neu Zugewanderten zu suchen. Egal, ob aus einem EU-/EFTA-Staat oder aus einem Drittstaat sollten wir Ausländerinnen und

Ausländer, die sich rechtmässig hier in der Schweiz aufhalten, willkommen heissen und bei unmittelbar nach Zuzug über die wichtigsten hiesigen Lebensbedingungen und Integrationsangebote informieren. Migrantinnen und Migranten, die über wenig Ressourcen zur Selbstorganisation verfügen, sind gezielt und möglichst rasch einer Beratungsstelle zuzuweisen. Dabei verfolgen wir nicht das Ziel, eine neue Beratungsindustrie aufzubauen. Die Integration erfolgt weiterhin in erster Linie über die Regelstrukturen: in der Schule, am Arbeitsplatz, im Sportverein etc. Ergänzend dazu brauchen wir jedoch die spezifische Integrationsförderung, die koordinierend, ergänzenden und unterstützend zu den Regelstrukturen wirkt.

Meine Damen und Herren, der Bundesrat, die Kantonsregierungen sowie die Exekutiven von Städten und Gemeinden haben sich im Rahmen der TAK auf eine gemeinsame Strategie zur Stärkung der schweizerischen Integrationspolitik verständigt. Die heutige Integrationskonferenz hat gezeigt, dass wir insgesamt auf Kurs sind. Das politische Commitment liegt vor. Nun liegt der Ball bei den institutionellen Akteuren. Jede staatliche Ebene ist gefordert, zur Umsetzung der gemeinsamen Strategie ihren Beitrag zu leisten:

- Der Bund unterstützt die Kantone und Gemeinden in der Integrationsförderung stärker als bisher. Dazu richtet er seine Integrationsförderung im Einvernehmen mit den Kantonen auf gemeinsame strategische Zielsetzungen aus. Dies führt gesamtschweizerisch zu mehr Verbindlichkeit in der Umsetzung. Gleichzeitig belässt er den Akteuren vor Ort Flexibilität und Spielräume, um eine an die Umstände angepasste Integrationsförderung zu ermöglichen.
- Die Kantone setzten die strategischen Zielsetzungen, auf die sie sich mit dem Bund gesamtschweizerisch verständigt haben, in kantonalen Integrationsprogrammen um. Ausgehend von den Angeboten der Regelstrukturen formulieren sie den Bedarf für die ergänzenden Massnahmen der spezifischen Integrationsförderung und bündeln diese in kantonalen Integrationsprogrammen. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit mit den Gemeinden und nichtstaatlichen Akteuren.
- Die Gemeinden sind an der Front. Sie sind in direktem Kontakt mit den Zugewanderten. Der Schlüssel für eine erfolgreiche Umsetzung der Integrationsförderung liegt vorab in ihrer Hand. Sie kennen die Bedürfnisse der Zugewanderten und der Aufnahmegesellschaft am besten. Auf kommunaler Ebene ist viel Fachwissen vorhanden. Durch eine engere interkommunale Zusammenarbeit kann dieses Wissen für alle Gemeinden besser nutzbar gemacht werden.

Meine Damen und Herren, machen wir uns an die Arbeit. Es steht viel auf dem Spiel. Es geht um die gemeinsame Wohlfahrt und den inneren Zusammenhalt in unserem Land. Nutzen wir die in unserer Gesellschaft vorhandenen Potenziale und Vielfalt. Setzen wir uns ein für Chancengleichheit und fordern wir von jeder Person, die in unserem Land lebt, ein hohes Mass an Eigenverantwortung ein. Mit vier Prinzipien gewinnen wir alle. Also, meine Damen und Herren, VIER GEWINNT!